

„Der Sonntag“, 15. Juli 2012

„Diese Studie ist leider wenig lösungsorientiert“

Migrations-Botschafter Eduard Gnesa über die Studie des Forums Aussenpolitik, die sagt, Entwicklungshilfe führe zu mehr Zuwanderung.

Von Othmar Vonmatt

Herr Gnesa, eine Studie des Forums Aussenpolitik (Foraus) kommt zum Schluss, erfolgreiche Entwicklungshilfe führe oft zu mehr Zuwanderung. Wie beurteilen Sie die Studie?

Eduard Gnesa: Aus meiner Sicht fehlen hier die komplexen Zusammenhänge zwischen regulärer und irregulärer Migration und die Fragen der Schutzbedürftigkeit. Schade ist auch, dass sich die Studie bloss auf die Polarität Repression und Entwicklungszusammenarbeit beschränkt. Und leider ist sie wenig lösungsorientiert. Auch wurde die Migrationszusammenarbeit zwischen den Departementen nicht berücksichtigt. Sie funktioniert sehr gut seit zwei Jahren.

Die SVP will die Entwicklungshilfe begrenzen. Gibt ihr die Studie Recht?

Das würde ich nicht sagen. In den Debatten zur Botschaft der internationalen Zusammenarbeit 2013–18 ist das Parlament dem Bundesrat bisher gefolgt. Es ist natürlich ein politischer Entscheid, wie hoch diese Entwicklungsgelder sein sollen. Persönlich denke ich, es ist gut, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu haben, wie es der Bundesrat vorschlägt. Damit sollen die Ärmsten unterstützt werden, denn dort liegt die

Priorität. Darüber hinaus soll auch bei globalen Themen wie Wasser, Klima und Migration geholfen werden. Und man darf die humanitäre Hilfe nicht vergessen. Hier leistet die Schweiz sehr viel.

Bundesrat und Parlament müssen nicht über die Bücher?

Nein. Ich sehe nicht, weshalb man an dieser Ausrichtung etwas ändern sollte.

Obwohl die Studie sagt, steigendes Einkommen fördere Auswanderung?

Verbesserte Lebensbedingungen können auch dazu führen, dass immer mehr Menschen im eigenen Land Arbeit und eine Lebensperspektive haben. Es ist natürlich so, dass trotzdem einige migrieren wollen. Das kennen wir auch aus unserer Geschichte. Eine Verallgemeinerung wäre aber völlig fehl am Platz.

Die Mitte hingegen glaubt, man könne die Entwicklungshilfe tatsächlich als Mittel zur Migrations-Abwehr nutzen.

Die Entwicklungszusammenarbeit trägt gemäss Gesetz in erster Linie zur Armutsverminderung bei. Sie kann und soll auch auf mögliche Ursachen der Migration wie Armut, Perspektivlosigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Konflikte einwirken. Die Entwicklungszusammenarbeit leistet einen wirksamen Beitrag für verbesserte Lebensverhältnisse armer Bevölkerungsgruppen und gibt ihnen eine Perspektive. Besonders Jugendliche brauchen Ausbildung, Arbeit, Einkommen und eine Zukunft im Land. Das kann den Migrationsdruck mindern.

Was kann Entwicklungshilfe in Migrationsstaaten bewirken?

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) ist auch in fragilen Staaten tätig wie in Nordafrika, in Tschad, im Horn von Afrika. Das sind Regionen, in denen eine Migration Richtung Europa und Schweiz stattfindet. Aus diesem Grund versucht der Bundesrat mit dem Instrument der Migrationspartnerschaft, die verschiedenen Politikbereiche Migration, Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Hilfe auf den Tisch zu bringen. Er will eine Art Win-Win-Win-Situation schaffen, das heisst, es werden die Interessen der Migranten, des Herkunftsstaates und der Schweiz berücksichtigt.

Mit wem hat die Schweiz heute Migrationspartnerschaften?

Mit Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Nigeria und seit kurzem auch mit Tunesien. Dort ist die Entwicklungszusammenarbeit wichtig. Es geht darum, die zurückgekehrten Asylbewerber mit Rückkehr-Programmen und Reintegrationsmassnahmen zu unterstützen. Wichtig ist, dass die Rahmenbedingungen vor Ort verbessert werden. In Tunesien zum Beispiel mit Investitionen in Infrastruktur wie Schulen und Wasserversorgung. Gleichzeitig werden die Behörden darin unterstützt, irreguläre Migration zu mindern und die Ausbildung der Jugendlichen zu verbessern. Man darf aber eines nicht vergessen: Von 214 Millionen Menschen, die weltweit migrieren, gehen 170 Millionen in andere Entwicklungsländer.

Wo stehen Vereinbarungen an?

Vereinbarungen sind auf sehr gutem Wege mit Kongo und mit Angola. Und auch mit Marokko werden wir den Migrationsdialog verstärken.